

WP-05-210 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: Albert Wenzel (KV Münster)

Änderungsantrag zu WP-05

Von Zeile 209 bis 213:

für ihre gestiegenen Aufgaben, indem wir den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) ~~weiter schrittweise anheben. Tempo und Umfang der weiteren Umsetzung richten wir nach der allgemeinen Steuerentwicklung – je besser sie verläuft, desto schneller gehen wir voran.~~ schrittweise bis zum Ende der Wahlperiode auf den früheren Verbundsatz von 28 % anheben. Das verbessert unmittelbar die Finanzlage der Kommunen und erleichtert die Finanzierung sowohl pflichtiger

Begründung

9 Mrd. € beträgt das Defizit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen aktuell. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist seit Jahrzehnten rückläufig, was die lokale Selbstverwaltung massiv gefährdet. Historisch wurde der Verbundsatz, also der Anteil der Städte und Gemeinden am Steuerverbund, von 28,5 % Anfang der 1980er-Jahre kontinuierlich auf 23 % reduziert. In diesem Zeitraum zwischen 1982 und 2014 entgingen den Kommunen dadurch insgesamt über 50 Mrd. Euro.

Die aktuelle Finanzlage ist prekär, da viele Städte und Gemeinden seit Jahren von ihrer Substanz leben. Die bestehende Finanzausstattung reicht bei weitem nicht aus, um den gewachsenen Investitionsrückstand aufzuarbeiten oder die Kommunen langfristig zu stabilisieren. Zwar steigt der Verbundsatz mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 erstmals seit Jahrzehnten dauerhaft von 23 % auf 23,5 % an, doch dieser Schritt ist lediglich ein Anfang und keine Antwort auf die kommunale Finanzkrise.

Um eine nachhaltige Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge zu gewährleisten, ist eine deutliche Erhöhung des Verbundsatzes auf 28 % zwingend erforderlich. Ohne Änderungen würde dies eine Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs von 17 Mrd. € auf etwa 20,4 Mrd. € bedeuten. Diese etwas über 3 Mrd. € mehr würden das kommunale Defizit also nur um die Hälfte ausgleichen können, die Kommunen müssten dennoch weiter konsolidieren. Die Forderung nach 28 % wird auch vom Städtetag unterstützt, um die finanzielle Handlungsfähigkeit vor Ort ansatzweise wiederherzustellen

Unterstützer*innen

Lukas Färber (KV Münster); Steffen Dennert (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Niklas Graf (KV Wesel); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Mika Tiemeier (KV Bielefeld); Melanie Sasse (KV Gelsenkirchen); Christiane Brune-Wierner (KV Minden-Lübbecke); Jakob Gintars (KV Bonn); Fabian Müller (KV Münster); Katharina Foreman (KV Münster); Aeneas Niklas Marxen (OV Köln-Lindenthal); Jessica Sänger (KV Gelsenkirchen); Aike Jeutes (KV Aachen); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Tim Barz-Cech (KV Gelsenkirchen); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Judith Petersen (KV Münster); Marc Weber (KV Minden-Lübbecke)